

# EINEN VIELFÄLTIGEN JOURNALISMUS ERHALTEN

## Rückblick auf die Nationale Konferenz «Medienwandel & Föderalismus»

**Die Medien stehen unter Druck – was heisst das für den Föderalismus? Am 18. November 2019 führte die ch Stiftung in Bern die Nationale Konferenz «Medienwandel & Föderalismus – Die Rolle der Kantone» durch. Diskutiert wurde über die Folgen für Politik und Gesellschaft und über die richtigen Strategien im Umgang mit der «Kommunikationsrevolution».**

Was heisst es für ein föderalistisches, mehrsprachiges Land, wenn mehr und mehr Medientitel verschwinden, Redaktionen zusammengelegt und Stellen abgebaut werden? Wird die Vielfalt der Perspektiven auf Politik, Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft in den Medien angemessen abgebildet? Sind Themen aus den Regionen, Kantonen und Gemeinden in den Medien genügend vertreten? Welche Antworten haben Behörden auf die veränderte Medienwelt?

Rund 140 Fachleute aus Politik, Medien, Verwaltung und Wissenschaft diskutierten am 18. November 2019 im Berner Rathaus über die Folgen des Medienwandels für den Föderalismus, darunter Vertreterinnen und Vertreter der Kantone, der Medienunternehmen, vieler Schweizer Universitäten sowie der Bundesämter für Kommunikation und Kultur. Ziele der Konferenz, die die ch Stiftung gemeinsam mit der Konferenz der Kantonsregierungen und dem Kanton Bern durchführte, waren eine Auslegeordnung, aber auch eine Sensibilisierung der Akteure für das Thema.

### Einheitsdenken statt Vielfalt

Dass ein vielfältiges Medienangebot für einen lebendigen Föderalismus wichtig ist, betonten Staatsrat Pascal Broulis, Präsident der ch Stiftung, und der Berner Regierungspräsident Christoph Ammann in ihren Eröffnungsreden. Broulis warnte vor medialem Einheitsdenken, das die Pluralität und den intellektuellen Austausch in der Schweiz gefährde: «Die Lebendigkeit unserer Institutionen gründet auf der Vervielfachung von Botschaften, der Pluralität der Menschen und dem Gegenüberstellen von Analysen.» Ammann veranschaulichte am Beispiel seines Kantons, wie die regionale politische Berichterstattung in den vergangenen Jahren ausdünnte.

### Klassische Medienförderung genügt nicht

Die Digitalisierung hat das Medienangebot und die Mediennutzung tiefgreifend verändert. Die Herausforderungen sind ökonomischer, sozialer und kultureller Art. So sind die Zahl der Informationsanbieter und das exponentiell gewachsen, während traditionelle Medien ihr Informationsmonopol und die damit verbundenen Einnahmen



**Die Digitalisierung hat das Medienangebot und die Mediennutzung tiefgreifend verändert. Die Herausforderungen sind ökonomischer, sozialer und kultureller Art.**

Bild: Gaetan Bally, Keystone

verloren haben. Der Medienwissenschaftler Otfried Jarren, Präsident der Eidgenössischen Medienkommission, sprach in seiner Keynote denn auch von einer «Kommunikationsrevolution». Deren Gewinner seien die global tätigen Plattformunternehmen. Vor diesem Hintergrund sei klassische Medienförderung eine notwendige, aber nicht hinreichende Massnahme, erklärte Jarren. Er plädierte stattdessen dafür, dass der Staat im Internet stärker reguliert und sich selbst am Aufbau von nationalen digitalen Infrastrukturen, sprich von Plattformen für journalistische und andere Inhalte, beteiligt. Dies sei aus demokratiepolitischen Gründen erforderlich, denn die global tätigen Intermediäre seien gegenüber politischen Geltungsräumen, Werten und Kommunikationsregeln indifferent, was weitreichende Folgen auf Politik und Gesellschaft habe.

Im Plenum traten neben Jarren «La Liberté»-Herausgeber Thierry Mauron und Pascal Hollenstein, publizistischer Leiter von CH Media, auf. Während Mauron die Bedeutung der Presseförderung aus Sicht eines Zeitungsverlags darstellte, ging Hollenstein auf die Folgen des Medienwandels für die Publizistik ein. Aus seiner Sicht ist die Schaffung von Zentralredaktionen insofern positiv zu bewerten, als sie im Regional- und Lokaljournalismus zu qualitativen Verbesserungen geführt habe.

### **Kleinere Kantone besonders betroffen**

Wie der Medienwissenschaftler Philippe Amez-Droz (Universität Genf) erklärte, sei die Diversität der Medientitel in der Schweiz nach wie vor vergleichsweise hoch. Doch zeigten die Diskussionen in den Workshops: Vor allem kleinere Kantone spüren die Auswir-

kungen des Medienwandels bereits heute. Über ihre Themen werde immer weniger medial berichtet. Es bestehe die Gefahr, dass ganze Räume aus den Medien «verschwinden», was sich negativ auf die Identifikation und politische Teilnahme der Bevölkerung auswirken dürfte. Die Bündelung der Medien führe dafür zu einer stärkeren Resonanz für nationale Themen. Alle Diskussionen würden dadurch auf nationaler Ebene geführt, wodurch der Föderalismus an Aufmerksamkeit und die Kantone als Labore von politischen Lösungen dezentraler Art an Bedeutung verlieren würden. Als weitere Folge der Zentralisierungstendenzen im Journalismus wurde zudem eine höhere Machtkonzentration bei wenigen Medienanbietern und Gruppierungen genannt. Ausserdem könnten sich Interessengruppen oder Parteien besser an die Redaktionen anpassen, wenn sie nur noch zwei grosse Redaktionen bespielen müssen.

### **Sollen die Kantone Medien fördern?**

Angesichts der wirtschaftlichen Dynamiken war es unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern relativ unbestritten, dass es in Zukunft eher mehr als weniger Medienförderung braucht, damit ein vielfältiger Journalismus erhalten werden kann. Zu klären seien jedoch die grundlegenden ordnungspolitischen Fragen. Von vielen kritisch gesehen wurde, dass sich die bisherige Förderstrategie des Bundes im Pressebereich strukturerhaltend auswirkt und Presseunternehmen gegenüber reinen Onlinemedien begünstigt (was mit dem Bundesratsentscheid vom 29. April 2020 nun ein Stück weit korrigiert wurde). Uneinigkeit bestand bezüglich einer möglichen Medienförderung durch die Kantone. Während die einen angesichts der medialen Situation in den Regionen dafür plädierten – etwa durch die Förderung von Nachrichtenagenturen –, warnten andere von einer zu grossen Nähe zwischen Medienunternehmen und Behörden auf Kantonebene und der Komplexität, auf kantonaler Ebene einen national organisierten Medienmarkt fördern zu wollen. Von einer Mehrheit befürwortet wurde dagegen ein Engagement der Kantone im Bereich der Förderung von Medienkompetenz und der Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten.

---

**Unterlagen zur Konferenz finden Sie auf:**  
[www.chstiftung.ch/medienwandel](http://www.chstiftung.ch/medienwandel)